

REDE

Reiner Hoffmann

Landesbezirksleiter der IG BCE Nordrhein,
ab 01.02.2014 Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand
des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

DGB Neujahrsempfang Frankfurt am Main Gewerkschaftshaus

am 11. Januar 2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Peter Feldmann,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Harald Fiedler,

in einer klassischen Gewerkschaftsansprache wird das Thema Internationales meistens an das Ende der Rede gerückt. Ich mache das heute mal anders. Und das aus gutem Grund:

Pnom Penh, die Hauptstadt Kambodschas, ist exakt 5.633 km von Frankfurt entfernt. Von hier bis zu den nächsten großen Kaufhäusern trennt uns gut ein Kilometer.

In Kambodscha arbeiten 600 000 Menschen in der Textilindustrie, mehr als zwei Drittel davon sind Frauen. Und viele von ihnen sind Kinder. Ihr durchschnittlicher Monatslohn beträgt umgerechnet 57 Euro. Sie arbeiten sechs Tage pro Woche und etwa 200 Stunden im Monat. Das entspricht einem Stundenlohn von etwa 30 Cent. In manchen Kaufhäusern kann man T-Shirts für 4,99 und Jeans für 9 Euro kaufen. Auch Luxusmarken lassen in Kambodscha produzieren.

In den vergangenen Wochen haben die Textilgewerkschaften zu Streiks und Demonstrationen aufgerufen. Sie fordern eine Verdoppelung des Lohns, verlangen also einen Stundenlohn von 60 Cent, was den Verkaufspreis für T-Shirts um 75 Cent erhöhen würde.

Die Militärpolizei hat eingegriffen und auf die streikenden Arbeiter geschossen. Drei Tote und zahllose Verletzte. Mittlerweile wird wieder gearbeitet. Die Gewerkschaften aber werden nicht nachgeben. Der Arbeitskampf ist ausgesetzt, aber keineswegs beendet. Und bei uns? Bei uns ist Winterschlussverkauf.

Was können wir tun? Wichtig ist es, das Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu schärfen und Druck auf die Vermarkter dieser Erzeugnisse zu machen – nicht nur aus Kambodscha, sondern aus zahlreichen anderen Ländern vor allem in Ostasien.

Sie tragen Mitverantwortung für die dortigen Arbeitsbedingungen. Sie haben die Pflicht, Produktionsbedingungen, Entlohnung und die Kernarbeitsnormen der ILO zu kontrollieren. Und die internationale Gewerkschaftsbewegung muss die Gewerkschaften dieser Länder nach Kräften unterstützen, nicht nur mit Solidaritätsbekundungen, sondern auch materiell und politisch.

Kambodscha ist nicht weit weg. Kambodscha ist direkt vor unserer Haustüre.

Anrede

Lasst mich einen kurzen Rückblick auf das Wahljahr 2013 machen: Die Gewerkschaften hatten sich frühzeitig und gut für den Bundestagswahlkampf aufgestellt. Unser Motto war: Wählen gehen für den Politikwechsel! Für Gute Arbeit, sichere Rente, ein soziales Europa und einen aktiven Staat.

Dabei ging es uns nicht darum, für eine Partei oder eine bestimmte Regierungskoalition zu werben. Uns geht es um politische Antworten auf die dringenden Herausforderungen in diesem Land und in Europa.

Die Wählerinnen und Wähler haben sich am 22. September für einen Politikwechsel entschieden. Schwarz-Gelb wurde abgewählt. Mehr Privat statt Staat wurde abgewählt. Und damit auch das neoliberale Konzept vom Nachtwächterstaat, ein Konzept für das die FDP stand. Aus einer liberalen Partei, die sich einst als Anwalt bürgerlicher Freiheiten verstand, ist eine Klientelpartei geworden, die letztlich auch durch ihr Versagen Geburtshilfe für die rechtspopulistische und europafeindliche sogenannte „Alternative für Deutschland“ geleistet hat.

Anrede

Natürlich kann man einige Vorbehalte gegen eine große Koalition vorbringen. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass 35 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder CDU gewählt haben.

Die SPD hat es sich nicht leicht gemacht und ist mit dem Mitgliederentscheid neue Wege gegangen. Das gilt es anzuerkennen und verdient Respekt. Die Mitglieder haben sich in großer Zahl beteiligt. Das ist sicherlich auch ein Indiz dafür, dass in Zukunft zentrale politische Entscheidungen nicht mehr nur im kleinen Kreis getroffen werden sollten. Unsere Demokratie kann frischen Wind und mehr Beteiligung gut gebrauchen. Das ist im Übrigen auch ein Mittel gegen Politikverdrossenheit.

Jetzt kommt es allerdings darauf an, dass die Chance für eine bessere Politik auch genutzt wird.

Die Bewertung des Koalitionsvertrags durch die Gewerkschaften ist durchaus kritisch aber im Ergebnis positiv. Nur wir wissen auch, dass wir mit dem Koalitionsvertrag noch lange keine neue Ordnung der Arbeit realisiert haben. Auch eine sichere Rente, ein soziales Europa und ein handlungsfähiger Staat, der insbesondere den Kommunen in diesem Land wieder Handlungsspielraum verschafft, sind mit dem Vertrag keineswegs sichergestellt.

Einiges wurde zwar festgeschrieben, vieles bleibt aber vage und manches findet sich überhaupt nicht im Koalitionsvertrag wieder. Und bis die arbeitsmarktpolitischen Reformen in konkrete Gesetzestexte gegossen sind und dann reale Wirkung entfalten, ist es noch ein mühseliger Weg.

Deshalb werden wir uns an die Arbeit machen, damit das, was vereinbart wurde, auch gehalten wird und dass das, was draußen vorgeblieben ist, nicht von der politischen Agenda verschwinden wird.

In der aktuellen Debatte über die Umsetzung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € gilt für uns Gewerkschafter, dass dieser ohne Aufweichungen umgesetzt wird.

Es ist schon erstaunlich, mit welchen ideologischen Geschützen gegen den Mindestlohn gewettert wird und vermeintlich ökonomischer Sachverstand davor warnt, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet.

Anrede

Das ist schlicht Unfug! Der Mindestlohn ist kein Jobkiller! In 21 Mitgliedstaaten der EU gibt es seit vielen Jahren einen Mindestlohn – natürlich mit unterschiedlichen Niveaus – und es ist an der Zeit, dass dieser auch in der Bundesrepublik Realität wird.

Die vehemente Kritik gegen den Mindestlohn zeigt aber auch, dass wir eine **gesellschaftliche Debatte über den Wert von Arbeit brauchen**. Die Probleme des Niedriglohnsektors werden allein mit einem Mindestlohn nicht gelöst. Menschen müssen von ihrer Arbeit ordentlich leben können. Sie brauchen vernünftige Arbeitsbedingungen, damit sie gesund in Rente gehen können. Und sie brauchen sichere Renten, von denen man auch im Alter gut leben kann.

Wir müssen deutlich machen, dass es in unserer sozialen Marktwirtschaft zu viele Arbeitgeber gibt, die sich ihrer sozialen Verantwortung systematisch entziehen und täglich Tariffucht begehen.

Daher ist es wichtig, dass die **Tarifautonomie** in diesem Land endlich gestärkt wird. Dazu gehört eine bessere Regelung zur Allgemeinverbindlichkeit, um die Blockadehaltung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) aufzubrechen.

Wir müssen die **Tarifeinheit stärken**, und das **Entsendegesetz** muss auf alle Branchen ausgeweitet werden.

Unser Ziel bleibt daher: Die Spaltung des Arbeitsmarktes muss ein Ende haben.

In den Branchen, in denen wir gewerkschaftlich gut organisiert sind, haben wir in der Krise einiges erreicht. In den letzten Tarifrunden haben die Gewerkschaften die Realeinkommen für die Beschäftigten in vielen Branchen erhöht und damit einen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet.

Selbst mit einem gesetzlichen Mindestlohn sind die Beschäftigten in zu vielen Betrieben von guter Arbeit meilenweit entfernt. Dabei geht es nicht um eine Minderheit, sondern um gut acht Millionen Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Nur selten werden ihre Interessen von Betriebsräten vertreten. Schon die Absicht, einen **Betriebsrat** gründen zu wollen, hat oft üble Folgen. Sie reichen von Drohungen der Arbeitgeber bis zur Entlassung. Immer öfter halten spezialisierte Anwaltskanzleien Betriebe mitbestimmungsfrei.

Das können und werden wir nicht hinnehmen. Wir brauchen den vollen Kündigungsschutz für alle, die einen Betriebsrat gründen wollen. Das wäre ein wichtiger Schritt, der Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen und die Arbeitsbedingungen in den Billiglohn-Buden zu verbessern.

Wir alle wissen: Betriebs- und Personalräte sind die Garanten für gute Arbeit. Aber immer häufiger geraten sie an ihre Grenzen. Wenn etwa Firmen Arbeit auslagern und per Werkvertrag zu miesen Bedingungen vergeben, bleiben Betriebsräte außen vor. Die Betriebsräte brauchen deshalb mehr Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten. Einerseits, um sich gegen Lohndumping und unwürdige Arbeitsbedingungen einzusetzen. Andererseits, um sich für gute Arbeit stark zu machen.

Deshalb werden die Gewerkschaften die Betriebsratswahlen in diesem Frühjahr für eine **Mitbestimmungsoffensive** nutzen. Das Betriebsverfassungsgesetz muss modernisiert werden, auch wenn die Berliner Koalitionäre sich bislang nicht darauf verständigen konnten. Wir brauchen eine zwingende Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit und Werkverträgen. Betriebs- und Personalräte müssen das Recht haben, gegen die zunehmende Leistungsverdichtung und Stress initiativ zu werden. Die **Humanisierung der Arbeit** müssen wir wieder in den Mittelpunkt stellen.

Eine neue Ordnung der Arbeit ist mehr als die Wiederherstellung der alten Ordnung. Eine neue Ordnung der Arbeit wird sich dadurch auszeichnen, dass die Frauenerwerbstätigkeit weiter zunimmt. Das ist gut so. Schlecht ist, dass der Grundsatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, immer noch keine Realität in unserem Land ist.

Es ist ein Skandal, dass Frauen im Durchschnitt immer noch 20 % weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.

Anrede

Der bayrische Ministerpräsident ist offensichtlich seit einiger Zeit dabei, den rechten Rand zu bedienen und die CSU als Alternative für Deutschland aufzurüsten. Mit der Maut fing es an – mit der Maut „nur für Ausländer“. Ich nehme mal an, dass auch die Juristen der CSU sehr wohl wissen, dass dies mit dem EU-Recht unvereinbar ist. Eventuell wusste das sogar Horst Seehofer. Die Betonung lag auf „nur für Ausländer“.

Und dann – rechtzeitig zum Fest – legte unser aller Horst noch einen drauf und setzte die Kampagne fort mit „Wer betrügt, der fliegt“. Damit stellt er die bulgarischen und rumänischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nun von der Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch machen werden, unter den Generalverdacht des „Sozialschmarotzertums“. Auch hier fährt Seehofer zügig rechts am Europarecht auf Freizügigkeit vorbei, das nicht nur für Kapital, Waren und Dienstleistungen gilt, sondern auch für Arbeitnehmer. Er ignoriert nicht nur das Recht, sondern nebenbei auch die Fakten. Ein Massenansturm auf den deutschen Arbeitsmarkt hat es weder bei der Erweiterung der EU um Spanien und Portugal, noch um der osteuropäischen Staaten gegeben. Und er wird auch jetzt ausbleiben. Die Quote der Hartz IV- Empfänger ist bei Bulgaren und Rumänien klar unterdurchschnittlich. Und die bulgarischen und rumänischen Arbeitnehmer, die bislang noch schwarz und unter völlig inakzeptablen Bedingungen arbeiten, können nun ihren Status endlich legalisieren.

Natürlich können wir nicht ignorieren, dass die Kommunen mit sozialen Problemen konfrontiert sind, denen Migranten ausgesetzt sind, die aus der Armut zuhause in die Armut bei uns geflüchtet sind.

Die davon besonders betroffenen Städte brauchen finanzielle Unterstützung, um die Integration dieser Menschen in unseren Arbeitsmarkt zu erleichtern, den Kindern dieser Familien den Zugang zur allgemeinen Bildung zu ermöglichen und menschenwürdiges Wohnen sicherzustellen. Was Seehofer will, ist klar: mit Parolen aus der untersten Schublade der Stammtische den rechten Rand beliefern. Das ist kein Betriebsunfall, sondern das ist Vorsatz und Stimmungsmache. Das muss sanktioniert werden. Eine gute Gelegenheit ergibt sich bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai.

Anrede

Über die Einladung des Frankfurter DGB habe ich mich ganz besonders gefreut, denn schon in den vergangenen Jahren stand das Thema „Europa“ hier auf Neujahrsempfängen auf der Tagesordnung. Redner waren dabei die ehemaligen Generalsekretäre des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Emilio Gabaglio und John Monks. Beide sind noch aktiv, Gabaglio kümmert sich um die Arbeitsmarktpolitik der Demokratischen Partei Italiens und Monks ist nun Mitglied im britischen Oberhaus für die Labour Party. Und ich habe einen ganz wesentlichen Teil meines bisherigen beruflichen in Brüssel verbracht. Europa war mein Thema. Und dabei wird es auch in Zukunft bleiben, denn das, was in Europa passiert, das wirkt sich auch auf uns aus. Und das, was bei uns passiert, das wirkt sich auch auf Europa aus.

In welche Richtung die neue Regierung Europa zu entwickeln gedenkt, geht nicht aus dem Koalitionsvertrag hervor. Auch im Bundestagswahlkampf war das Thema Europa leider völlig unterbelichtet! Dabei brauchen wir dringend auch in und für Europa einen Politikwechsel.

Bereits im sechsten Jahr liegt die Europäische Union auf der Intensivstation. **Nicht die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien, sondern die neoliberale Rosskur gefährdet die Einheit Europas** und bringt das europäische Sozialmodell, das uns bislang von den anderen Regionen der Welt unterschied, in pure Existenznot. Fast 20 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Das ist ein trauriger Rekord.

Insbesondere im Süden Europas hat die Krise tiefe Spuren hinterlassen. In Spanien, Portugal und Griechenland wird fast jeder zweite Jugendliche von der Schulbank direkt auf die Parkbank geschickt. Sechs Millionen Jugendliche sind europaweit ohne Arbeit. Hier droht eine ganze Generation abzustürzen, in Armut und Perspektivlosigkeit.

Ausgerechnet die Jugend Europas zahlt den bitteren Preis für eine Krise, die ihr die alten Eliten des Kontinents eingebrockt haben. Die Milliarden schweren Rettungsschirme für Banken waren unausweichlich. Es kann aber nicht sein, dass nun Millionen von jungen Menschen im Regen stehen. Und bislang hat ihnen noch niemand einen Rettungsschirm aufgespannt. Dazu sagt der

Koalitionsvertrag zu wenig Konkretes! Da muss dringend nachgearbeitet werden. Die Jugend braucht eine sichere Zukunft.

Statt einen klaren Kurswechsel einzuschlagen, unterziehen die neoliberalen Fundamentalisten die Öffentlichkeit einer gewaltigen Gehirnwäsche. Mir nichts dir nichts wird die Weltfinanzmarkt- und Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise uminterpretiert.

Angeblich haben die Mitgliedstaaten der EU – insbesondere die im Süden – über ihre Verhältnisse gelebt. Daher müssten Arbeitnehmerrechte eingeschränkt, Löhne, Renten und Sozialleistungen gekürzt werden. Das ist keine Lösung der Krise. Dieser Weg führt geradeaus in die Irre. Der rigide Sparkurs (Austeritätspolitik) der letzten Jahre und der Abbau von Arbeitnehmerrechten sind eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Europa.

Auch die Gewerkschaften ignorieren nicht die Notwendigkeit von Strukturreformen. Aber bitte nicht nach dem neoliberalen Strickmuster. Das treibt nur immer mehr Menschen in Not und Armut.

Eines der größten Strukturprobleme Europas ist der Mangel an robusten Spielregeln für die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, die den hemmungslosen Spekulationen endlich ein Ende bereiten. Es ist unerträglich, dass Hedgefonds Milliardenprofite mit Spekulationen gegen Griechenland einstecken.

Daher noch einmal: Die vordringlichste Strukturreform bleibt die Regulierung der Finanzmärkte. Banken und andere Finanzinstitute müssen der Realwirtschaft und den Menschen dienen und nicht verantwortungslosen Spekulanten. Dazu steht nichts bis gar nichts im Koalitionsvertrag.

Und weiter gilt: bei Steuerflucht und Steuerhinterziehung handelt es sich um kriminelle Handlungen und nicht um Kavaliersdelikte. Das gilt auch für den Fall Höneß. Es handelt sich um Betrug am Staat und den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Steuern dort entrichten, wo sie erarbeitet werden. Es ist an der Zeit, durch internationale Regeln für Ordnung zu sorgen. Damit müssen wir jetzt in Deutschland und in Europa anfangen.

Zu den notwendigen Strukturreformen gehören auch mehr Steuergerechtigkeit und eine Verbesserung der Einnahmeseite des Staates, damit dieser seine originären Aufgaben wahrnehmen kann.

Ein **handlungsfähiger Staat** mit einem durchlässigen und guten Bildungssystem, einer innovativen Hochschul- und Forschungslandschaft und einer intakten sozialen und kulturellen Infrastruktur ist **nicht zum Billigtarif** zu haben. Nur mit weniger Marktgläubigkeit und mehr Steuergerechtigkeit ist der von den Gewerkschaften geforderte Kurswechsel politisch machbar. Auch daran werden wir die große Koalition messen!

Der DGB hat auch Vorschläge in die europäische Debatte eingebracht, wie mit einem Konjunktur- und Investitionsprogramm – einem Marshall-Plan für Europa - die Krise überwunden werden kann.

Mit Investitionen in moderne Industrien und innovativen Dienstleistungen können wir dauerhaft Arbeitsplätze schaffen und den sozialen Zusammenhalt sichern.

Die Finanzmarktkrise hat auch gezeigt, dass die Grundlage von Wohlstand und Beschäftigung die industrielle Wertschöpfung ist und bleiben muss. **Wirtschaft ohne Industrie – das funktioniert nicht.** Die Industrie ist kein Auslaufmodell, und Umweltschutz steht nicht im Gegensatz zur Industrieproduktion.

Die Zukunftsfähigkeit Europas setzt heute Investitionen voraus. Das heißt: Wir müssen in eine nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien, in Bildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung, in unsere Infrastruktur und in moderne öffentliche Verwaltungen investieren. Mit einem europäischen Investitions- und Zukunftsprogramm können wir mehr Lebensqualität und Wohlstand für alle Europäerinnen und Europäer erreichen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa bleibt unsere Zukunft, aber wir brauchen ein anderes, ein sozialeres und demokratisches Europa. Was wir nicht brauchen, ist ein Schwadronieren über das Ende des Euros und einen Rückfall in die europäische Kleinstaaterei. Wir werden nicht zulassen, dass Europa in Nationalismus und Separatismus zerfällt. Wir nehmen aber auch nicht hin, dass die Menschen in Europa weiterhin in Geiselhaft für eine Krise genommen werden, die wir alle nicht zu verantworten haben.

Der soziale Zusammenhalt und die Solidarität in Europa müssen endlich in den Mittelpunkt der Krisenbewältigung gestellt werden. Die EU muss glaubwürdig unter Beweis stellen, dass sie in der Lage ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Anrede

Zum Schluss sei daran erinnert, dass vor 100 Jahren –**1914**– der 1. Weltkrieg ausbrach. Daran zu erinnern, haben wir allen Grund, wenn wir an Europa denken. Vergessen wir nie, dass die europäische Einigung historisch die konsequente und einzig richtige Lehre aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist. Deshalb verdient es dieses Europa, dass wir uns mutiger engagieren, dass wir die Grenzen offenhalten und nicht neue Mauern in Europa aufbauen. Ohne die europäische Perspektive ist alles nichts. Und – ich komme auf den Anfang meiner Rede zurück – seien wir uns immer dessen bewusst, dass die Welt größer als Europa ist. In einer globalisierten Welt können und dürfen wir Europa nicht zur Festung einmauern. Ein weltoffenes und solidarisches Europa ist unsere Perspektive. Dafür wollen wir kämpfen.

In diesem Sinne, allen ein gutes und uns gemeinsam ein erfolgreiches 2014.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

* * * * *